

Inland.

Berlin, den 12. Sept. Se. Maj. der König haben Allergnädigst geruht: Dem Kreis-Steuer-Einnehmer Pakli zu Strassburg in Westpreußen, dem Pastor primarius Obenaus zu Garz a. d. O. und dem katholischen Pfarrer und Schul-Inspektor Laustötter zu Brenken, im Kreise Bairen, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; so wie dem evangelischen Schullehrer Walpuski zu Brodan, im Kreise Neidenburg, dem evangelischen Küster und Schullehrer Stegmann zu Köddelin, im Regierungsbezirk Potsdam, und dem katholischen Chor-rector Zinke zu Landeshut, im Regierungsbezirk Liegnitz, das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; und die Intendantur-Assessoren Wahnschaffe, Gay und Wilke zu Militair-Intendantur-Räthen zu ernennen.

Posen, den 13. September. In Wronke ist die Cholera ausgebrochen und zwar mit einer Heftigkeit, die für das erste Auftreten etwas sehr Auffälliges hat. Der Oberpräsident Herr Veurmann ist heute dorthin gereist, um an Ort und Stelle die Lazareth zu besichtigen und die erforderlichen Einrichtungen zu treffen.

△ Berlin, den 11. September. Der Reichsverweser hat auf Antrag des Reichsministeriums beschlossen, daß in dem schriftlichen Geschäftsverkehr zwischen ihm und den höchsten Reichsbehörden, so wie zwischen diesen und den höchsten Landesbehörden der Deutschen Einzelstaaten nicht das alte steife Ceremoniell Eingang finde, wie es besonders seit den Zeiten des dreißigjährigen Krieges in Deutschland so beliebt war. Das alte Zopswesen bekommt auch hier wieder einen Stoß. Die Prädikate Excellenz, Hochwohlgeboren und dergl. in Anreden und Aufschriften sollen wegfallen. Die närrische Sitte, die Leute nicht unmittelbar und persönlich, sondern statt ihrer nur eine Geburtsklasse anzureden, existirt außer bei uns titelsüchtigen Deutschen wohl nur noch in Rußland, wo man die Nartheit nicht bloß auf den schriftlichen Verkehr beschränkt, sondern sogar die mündliche Unterhaltung in solchen Formen führt. Jetzt, wo die Standesvorrechte aufgehoben sind, haben solche auf Standes- und Geburtsunterschiede sich beziehende Prädikate (es sind ihrer aber in bewundernswürdiger Fülle vorhanden: vom hochgeborenen Grafen, dem hochwohlgebornen Edelmann und höheren Beamten, durch den gewöhnlichen wohlgebornen Sterblichen hindurch zum ganz ordinären, aber doch edelgebornen Schulmeister, von des Erzbischofs Gnaden, durch des Bischofs Hochwürden, zu des einfachen Pfarrers Hohehrwürden u. s. f.) gar keinen Sinn mehr. Die Kaufleute, praktisch, wie es Männer ihres Berufes sein müssen, sind der einzige Stand, der diesen Zopf bisher nicht getragen. Sie haben in ihrem Geschäftsverkehr unter einander niemals derartige Prädikate gebraucht. Seit den Märzbewegungen hat man hier in Berlin auch angefangen, in anderen Kreisen den gesunden natürlichen Verkehr eintreten zu lassen, es wird immer allgemeiner, kann aber erst herrschende Sitte werden, wenn das Gesetz zu Hülfe kommt, welches für den amtlichen Verkehr die fraglichen Prädikate beseitigt. Der Anfang ist dazu gemacht schon vor der Revolution. Das Preussische Justizministerium hatte schon vor einigen Jahren die Justizbehörden angewiesen, die überflüssigen Behörden-schnörkel (Hochpreislich, Hochlößlich, Wohlloblich) wegzulassen. Die städtischen Behörden Berlins haben jetzt untereinander ein gleiches Abkommen getroffen. Nun gilt es nur noch, nach dem Vorgange Frankfurts auch die Personenschnörkel abzulegen und wir tragen eine Lächerlichkeit weniger.

△ Berlin, den 11. Sept. Wie der konstitutionelle Klub vor einigen Monaten im Gegensatz gegen die ultrademokratischen Congresse seine Kräfte zu concentriren suchte und einen konstitutionellen Congreß veranstaltete, so sucht er gegenwärtig wiederum die Anhänger der konstitutionellen Monarchie zu sammeln und an einander zu schaaren, um dem wahren demokratischen Konstitutionalismus in dem aufgeregten Kampfe der Parteien eine kräftige Stütze zu gewähren, und beiden extremen Richtungen Schach zu bieten. Die beiden Ultra-Parteien, man muß es anerkennen, haben mit großer Umsicht planmäßig und besonnen operirt. Sie haben die beiden Hauptmittel, die in gegenwärtiger Zeit außer dem Gelde zum Wirken bleiben, Presse und Vereine, flug und raslos benutzt. Die absolutistische hat ihre eigenen Journale gegründet nicht minder, wie die auf Republik unumwunden hinarbeitende Partei die ihrigen hat und jetzt namentlich die „Reform“ zu verbreiten sucht. Die konstitutionelle bewußte und entschiedene Mitte hat eigentlich nur das nicht gelese Klubbblatt, denn die viel gelesenen Zeitungen schwanken hin und her. Eben so haben die extremen Parteien ihre zahlreichen Vereine und stärken sie täglich durch Zweigvereine, während der konstitutionelle Klub ganz vereinzelt in seiner Art dasteht. In dieser kritischen Lage hat er jetzt den Entschluß gefaßt, seine Partei zu organisiren, sie zu kräftigen durch bestimmten offenen Anschluß an die verwandten Vereine, durch Gründung von Zweigvereinen u. dgl. Möge sein Bemühen nicht fruchtlos sein. Es ist hohe Zeit!

Als neue Minister-Combination wird angegeben: Beckerath, Minister-Präsident, Mevissen, Vinke, Radowik.

— Graf Dohna hat in seiner Stellung als kommandirender General des Ostpreussischen Armeekorps einen nicht unwichtigen Schritt zur Versöhnung der reactionären Preussenvereine in Königsberg zu befehlen.

Berlin, den 12. Sept. Am 7ten d., dem Tage, an welchem die National-Versammlung über den Stein'schen Antrag entschied, erschien Nachmittags ein Plakat des Herrn Held, in welchem dieser das Volk vor einem Aufstande warnte, der nur mit dem Untergange der errungenen Freiheiten endigen würde. Dies Plakat hatte nicht geringes Aufsehen erregt und mannigfache Auslegun-

gen erfahren, so daß Herr Held es für gut fand, sich in der am Sonntage auf dem Plage vor den Zelten gehaltenen, überaus zahlreich besuchten Volksversammlung zu rechtfertigen. Herr Held begann seine einstündige, mit lebhaftem Beifall begleitete Rede mit der Erklärung, wie tief es ihn schmerze, daß er, nachdem er von der reactionären Partei so viele Angriffe erfahren, jetzt von seiner eigenen, der demokratischen Partei, oder vielmehr von einzelnen Führern derselben, angefeindet und verdächtigt werde. Dies rühre leicht daher, weil er niemals die Cameraderie dieser Herren gesucht, sondern, seit seinem politischen Auftreten in Berlin, stets allein gewirkt, seine Stütze nur im Volke gesucht und gefunden habe. Sein Wirken bezwecke, dem Volke den Weg zu zeigen, auf welchem es die beiden Güter, ohne welche das Leben keinen Werth habe: Freiheit und Brod, erlangen könne. Brod ohne Freiheit sei nichts werth, Freiheit ohne Brod aber auch nicht. Seine Ueberzeugung sei am 7ten die gewesen, daß das Volk, nach den getroffenen Maßregeln der Regierung, in einem Kampfe unterliegen müsse, und diese Ueberzeugung habe er heute noch. Man habe ihm vorgeworfen, daß er durch sein Plakat das Volk entmutigt habe; er aber sage, die Herren, welche nur immer vom Losschlagen sprächen, bedächten die Folgen nicht. Sein Plakat sei am 7ten Nachmittags 4 Uhr erschienen, wo noch Niemand wissen konnte, wie die Abstimmung über den Stein'schen Antrag ausfallen würde. Wenn aber bei einer etwaigen Verwerfung desselben Grund zu einem Aufstande gewesen, so sei er es jetzt, nachdem derselbe angenommen worden, noch mehr; denn der Sieg, welchen die Linke errungen zu haben wähne, sei die schmachlichste Niederlage, die sie jemals erlitten habe. Wenn sie das Ministerium stürzen wollte, hätte sie ganz anders verfahren müssen. Wer wolle denn die Minister zur Abdankung zwingen? die Nationalversammlung doch nicht? denn diese habe, während ihres viermonatlichen Bestehens, noch nicht einmal ein Gesetz über die Verantwortlichkeit der Minister gemacht, also auch kein gesetzliches Mittel, diese zur Abdankung zu zwingen! Der Redner ließ sich noch weiter über die Thätigkeit der Nationalversammlung aus, die er den Hauptstich der Reaction nannte, von der das Volk nichts zu hoffen habe, und schloß seine Rede unter großem Beifall. Herr Reich, der nach ihm zur Vertheidigung der demokratischen Partei das Wort nahm, wurde von der Versammlung in seiner Rede so oft unterbrochen, daß er diese nicht beenden konnte und die Tribüne verließ. Der Vice-Präsident des Clubs suchte noch einige Punkte der Rede des Herrn Held zu widerlegen und sagte, dieser würde wohl thun, wenn er eingestünde, er habe sein Plakat in der Uebersetzung geschrieben. Herr Held aber erklärte, er habe sein Plakat mit voller Ueberlegung geschrieben und seine Ansicht sei noch heute dieselbe, wie am 7ten; er bat, das Volk möge sein Urtheil über ihn zurückhalten, bis zu dem Tage, wo er vor dasselbe hintreten und ihm sagen könne: Das habe ich für Euch gethan. Die Versammlung trennte sich mit einem dreimaligen Hoch auf Herrn Held. (Spen. Ztg.)

Frankfurt, den 8. September. (74. Sitzung der konstituierenden Deutschen National-Versammlung. Schluß des Berichts.) Es wird zur Tagesordnung geschritten. Fortsetzung der Verathung über §. 14. des Verfassungsentwurfs. Dieser Paragraph lautet: „Neue Religionsgesellschaften dürfen sich bilden; einer Anerkennung ihres Bekenntnisses durch den Staat bedarf es nicht.“ Löwe von Salbe: Die Vermischung von Staat und Kirche ist der rothe Faden, welcher durch die Geschichte sich gezogen. Durch diese Vermischung haben wir in Deutschland viel gelitten, mehr aber noch dadurch, daß zu jeder großen Entwicklung religiöse Elemente hinzutreten. Die Uebergriffe der Kirche in das Gebiet des Staates liegen hinter uns; auch der religiöse Fanatismus ist begraben. Wie in dem Gange unserer Verhandlungen, so wird sich dies auch bei dem Volks zeigen. Der Redner erörtert den Standpunkt, von welchem der Verfassungsausschuß in dieser Frage ausgegangen. Der Ausschuß habe sich bemüht, jeden Eingriff in die kirchlichen Verhältnisse zu meiden, allein er habe nicht alle nothwendigen Konsequenzen gezogen. Das Wort „unabhängig“ sei mannigfach, vielleicht auch mitunter in den Amendements mißverstanden worden. So lange die Kirche den Schutz des Gesetzes genieße, müsse sie auch dem Staate unterworfen bleiben. Die Aufgabe der Versammlung sei es, die Kirche wesentlich selbstständig zu erhalten, keinen staatlichen Einfluß auf ihre inneren Angelegenheiten, keine Ueberwachung des Verhältnisses der Glieder zu ihren Obern auszuüben. Dann aber müsse sich auch die Kirche vom Staate absondern, dessen Pflicht in der Uebernahme der Schule liege. Kunth von Bunzlau entwickelt einen eigenen Verbesserungsvorschlag zum zweiten Minoritätsgutachten. Dieser Antrag lautet: Die verschiedenen Religionsgesellschaften besorgen ihre innern Angelegenheiten selbstständig; auch in die Anordnung des Cultus hat sich der Staat nicht zu mischen. Dem Staate bleibt jedoch das Recht, darüber zu wachen, daß in keiner Religionsgesellschaft die Sittlichkeit gefährdet werde; daß keinem Individuum seine ihm garantirte Glaubens- und Gewissensfreiheit, von wem es auch immer verletzt werden möge, auf irgend eine Weise verkrümelt werde; daß keine Religionsgesellschaft einer andern bei Ausübung ihres Religionsbekenntnisses störend oder feindselig in den Weg trete; daß das Kirchenvermögen auf zweckmäßige Weise verwaltet und verwendet werde; daß sich nicht kirchliche Vereine bilden, die es sich zum Zwecke setzen, den höchsten Staatszwecken entgegen zu arbeiten, und daß in allen diesen Fällen nach einem darüber zu erlassenden Gesetze entschieden werde. v. Salzwedel aus Gumbinnen spricht sich für religiöse Freiheit aus. Die Franzosen seien die Vorkämpfer der politischen Freiheit gewesen, die Deutschen seien die Vorkämpfer der religiösen. Der Redner weist einen Angriff Ostreicher's, welcher die Mattressenwirtschaft als eine Folge des Protestantismus bezeichnet habe, durch die Behauptung zurück, daß dieses Unwesen nirgend

größer gewesen sei, als am Hofe Frankreichs. Der Redner schließt sich dem ersten Minoritätsgutachten v. Lassaulx's und Genossen unter der Bedingung an, daß die Worte „unabhängig von der Staatsgewalt“ wegfallen. (Vielfacher Ruf nach Schluß der Debatte.) v. Bally aus Preußen bedauert, daß die ganze Sophisterei der Encyclopädisten des vergangenen Jahrhunderts in der Versammlung als Geschichte vorgetragen worden sei, um die kathol. Kirche mit Schmähungen zu überhäufen. Man berufe sich so eifrig auf die Volkstimme, vergesse aber, daß das Landvolk, die Mehrzahl der Bevölkerung, volle religiöse Freiheit wolle. 11,042 Petitionen (mit 273,000 Unterschriften) lägen vor, in welchen die Unabhängigkeit der Kirche vom Staate nach allen ihren Konsequenzen gefordert werde. Diese Bittschriften seien mehrfach verdächtigt worden. Für alle vermöge der Redner freilich nicht zu bürgen. (Unterbrechung). „Die Rede ist das Eigenthum des Redners bis zu Ende. Für die Lauterkeit der Unterschriften die ich niedergelegt habe, bürgte ich, und begreife nicht, wie man in einer Versammlung die den Volkswillen zu vertreten hat, auf so schreiende Verdächtigungen des Volkes sich einlassen und vergessen kann, daß Deutschlands Ehre und Ehre eine Beeinigung der religiösen Freiheit nimmer gestattet. Lassen Sie dieses unbeachtet, so werfen Sie eine Brandfackel in das Volk. Hüthen Sie sich, die religiösen Parteien auf den Kampfplatz der politischen Factionen zu rufen. Es ist über den vorliegenden Paragraphen namentliche Abstimmung verlangt worden; es wird sich bei dieser Gelegenheit zeigen, wer denn eigentlich die Finsternisse im Hause sind. (Unruhe.) Ich und meine Freunde verlangen volle Freiheit, weil jeder Schritt zur Freiheit ein Schritt zur Einheit ist.“ Die Verathung über §. 14. wird als geschlossen erklärt. Bessler als Berichterstatter ergreift das Wort, um der Versammlung die von dem Ausschusse beantragte Fassung des §. 14. wiederholt anzupfehlen. Nachdem von Lassaulx der Versammlung zugestimmt, daß ihre Entscheidung in Betreff dieses Paragraphen über die Zukunft Deutschlands entscheide, und v. Beckerath und v. Salzwedel namentliche Abstimmung über ihre Anträge verlangt haben, werden eine Reihe von Verbesserungsanträgen verlesen, und in dieser Beziehung die Unterstützungsfrage an die Versammlung gerichtet. Simson von Königsberg theilt Namens des Bureau's das Ergebnis der Untersuchung mit, welche in Betreff der Verzögerung des Druckes der auf die Schleswig-Holsteinische Frage bezüglichen Aktenstücke unternommen worden war. Simson, welcher sich mit den Abgeordneten Dähler und Wurm zu diesem Zwecke in die Krebsche Druckerei begeben hatte, erklärt, daß heute Abend 5 Uhr der Druck sämtlicher Aktenstücke, 29 Bogen einnehmend, vollendet sein werde. Noch am vergangenen Dienstag habe sich Herr Max von Gagern nach geendigter Sitzung in der Paulskirche in die Druckerei begeben, und bis nach Mitternacht an der Correctur gearbeitet. Die Verzögerung des Druckes habe in der Nothwendigkeit gelegen, das Manuscript während des Druckes zum Drucke vorbereiten zu müssen, wodurch eine nur allmähliche Vertheilung der Aktenstücke möglich gewesen sei. Schmeer aus Breslau beantragt, daß die Abstimmung über §. 14. erst dann vorgenommen werden möge, nachdem von den Fragen in ihrer gegebenen Fassung gedruckte Vorlage gemacht worden sei. Der Redner gründet seinen Antrag auf den Umstand, daß durch dieses Verfahren eine Verwicklung der Fragestellung beseitigt und eine leichtere Orientirung ermöglicht werde. Der Antrag wird angenommen. Der Präsident verliest eine Interpellation Blum's und Genossen. Dieselbe ist an den Abgeordneten Dahlmann gerichtet und besteht in der Anfrage: wie weit die Bildung eines neuen Reichsministeriums gediehen sei. Die Unterzeichner bitten den Präsidenten, dem Abgeordneten Dahlmann diese Interpellation ohne Verzug zuzustellen; erscheine ihnen die Antwort ungenügend, so sei die Begründung des Antrags noch vor dem Schluß der Sitzung vorbehalten. Rüder von Oldenburg behauptet, daß ein Mitglied der Versammlung als solches nicht interpellirt werden kann; die National-Versammlung möge deshalb die Beantwortung dieser Interpellation durch den Abgeordneten Dahlmann nicht zulassen. Dahlmann: Es liegt in der Natur der Sache, der an mich gestellten Anfrage durch eine Antwort zu entsprechen. Ich erkläre darum, daß zur Bildung eines neuen Reichsministeriums Verhandlungen angeknüpft sind, und daß es zu deren Verfolgung an Eifer nicht fehlt. In diesem Augenblicke ist es zu einem Abschlusse noch nicht gekommen. Ich bezweifle jedoch, ob ein weiteres Eingehen der National-Versammlung auf das Gelingen der oberschwebenden Combinationen förderlich sein kann, sondern glaube vielmehr, daß ein solches Verfahren eher zur Hervorrufung des Gegentheils geeignet ist.“ Blum: „Die Schilderungen des Herrn v. Rappard haben gezeigt, wohin es in Schleswig-Holstein gekommen ist und welche ernste Stimmung unter den verbündeten Truppen herrscht. Der Beschluß vom 5. September ist geeignet, gefährlichen Klippen vorzubeugen. Seine Ausführung darf darum keinen Verzug erleiden. Die Prüfung der Aktenstücke durch die Kommission erfordert lange Zeit; ich beantrage daher, die National-Versammlung wolle beschließen, in einer morgigen außerordentlichen Sitzung die Absendung einer Deputation an den Reichsverweser zu berathen, um denselben sofort zur Beendigung der schwebenden Ministerkrise aufzufordern.“ Der Antrag wird nicht für dringlich erkannt. Schoder nimmt seinen Antrag auf eine morgen Nachmittag abzuhaltende Sitzung zurück. In Ansehung, daß der Geschäftsordnung gemäß erst nach erfolgter Abstimmung über §. 14. zur Verhandlung über §. 15. geschritten werden kann, erklärt der Präsident die heutige Tagesordnung für erschöpft. Die Sitzung wird gegen 1 Uhr Nachmittags geschlossen. Nächste Sitzung: Montag, 11. September. Tagesordnung: Abstimmung über §. 14. und Fortsetzung der Verathung über die Grundrechte, Art. III.

Der Gesandte der provisorischen Centralgewalt Deutschlands bei der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Herr Raveaux, ist am 7. d. M. in Bern eingetroffen.

Frankfurt, den 8. Sept. Vor wenig Tagen traf dahier der am Preussischen Hofe beglaubigte Gesandte der Vereinigten Staaten, Donelson, ein und richtete am 5. d. M., Vormittags, das in deutscher Uebersetzung hier folgende Schreiben an den Reichsminister der auswärtigen Angelegenheiten: Mein Herr! Kürzlich hatte ich die Ehre, Sie zu benachrichtigen, daß ich vom Präsidenten der Vereinigten Staaten ermächtigt worden sei, mich nach Frankfurt a. M. zu verfügen, und als diplomatischer Repräsentant der Vereinigten Staaten die dort errichtete Regierung anzuerkennen. Ich bitte nun, mich in dieser Eigenschaft Ihnen vorstellen zu dürfen. Mit der tiefsten Theilnahme hat der Präsident die Anstrengungen gesehen, mit welcher das Deutsche Volk und die Deutschen Regierungen die Begründung einer wirksamen Bundesgewalt erstrebt haben; mit dem reinsten Vergnügen blickt derselbe der Vollendung dieses großen Werkes entgegen, welches auf Grundtagen beruht, die, ohne der Souveränität der Einzelstaaten unnötigen Abbruch zu thun, Freiheit und Wohlfahrt dem Volke sichern werden. Auf dem Wege der Einigung hat das Amerikanische Volk seine jetzige Stellung in der Reihe der Nationen sich errungen; auf demselben Wege hat es mit Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der Rechte eines Jeden den Genuß der Freiheit zu verbinden gewußt. Deshalb widmen die Vereinigten Staaten Allem, was zu dem Gedeihen einer Verfassung führen kann, die Deutschland die gleichen Segnungen zu bringen bestimmt ist, die lebhafteste Theilnahme. Von diesem Geiste befeelt, hat der Präsident der Vereinigten Staaten, sobald ihm Kunde von der Einsetzung der jetzigen Centralregierung für Deutschland geworden war, beschlossen, dieselbe anzuerkennen und ihr den Ausdruck der aufrichtigen Wünsche zu übermitteln, welche das Amerikanische Volk für das Gelingen ihrer edlen und vaterländischen Bestrebungen begt. Ich habe dieser, den mir erteilten Aufträgen entsprechenden Mittheilung nur noch beizufügen, daß es mir zum größten Vergnügen gereichen wird, nach Kräften zur Förderung des Verkehrs zwischen zwei Völkern beizutragen, deren Interessen, Wünsche und Hoffnungen in so vielen Beziehungen dieselben sind.

Mit vorzüglichster Hochachtung verharrend etc.

(gez.) A. Donelson,

außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister der vereinigten Staaten am Königlich Preussischen Hofe.

Frankfurt a. M., den 5. September 1848.

An Se. Exc. den Reichsminister der auswärtigen Angelegenheiten, Herrn Reichsminister dahier.

Frankfurt a. M., den 10. Sept. Zur Feststellung des Verhältnisses der provisorischen Centralgewalt gegen die Bevollmächtigten der Landes-Regierungen ist nach dem Vorschlage des Minister-Raths von dem Erzherzog-Reichsverweser die Anfertigung des folgenden Erlasses verfügt worden:

Von der provisorischen Centralgewalt für Deutschland.

„Durch das Gesetz über die provisorische Centralgewalt vom 28. Juni 1848 ist der Wirkungsbereich derselben, sowohl was die Oberleitung des Heerwesens, als auch den völkerrechtlichen Verkehr und die Ausübung der vollziehenden Gewalt in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des Deutschen Bundesstaates betreffen, festgestellt worden. In diesem Gesetze ist im §. 14. die Bestimmung enthalten, daß sich in Beziehung auf die Vollziehungsregeln, so weit thunlich, mit den Bevollmächtigten der Landesregierungen ins Einvernehmen zu setzen sei. Bereits unterm 15. Juli 1848 hat sich die provisorische Centralgewalt dahin ausgesprochen, daß sie bei Ausübung ihrer Befugnisse und Verpflichtungen auf die vertrauensvolle Mitwirkung aller Deutschen Regierungen zähle, mit denen sie nur ein gemeinsames Ziel erstrebe, und daß sie, wie sie hierbei auf freimüthige Mittheilung rechne, diese auch stets zu beobachten wissen werde. Diesem ihrem Anspruche getreu, glaubt sie, da nun von beinahe allen Regierungen Bevollmächtigte bei der Centralgewalt ernannt sind, über ihre Beziehungen zu denselben sich erklären zu sollen. Die Centralgewalt erkennt die Größe und Wichtigkeit ihrer Verpflichtungen, sie weiß, daß ihre Lösung in der Kraft und Entschlossenheit bei ihren Anordnungen bedingt ist, und daß, wenn auch den gerechten Ansprüchen der einzelnen Staaten Rechnung getragen werden soll, die Einheit Deutschlands vor Allem erstrebt und gewahrt werden muß. Mit diesen Grundsätzen ist das Verhältniß der Centralgewalt zu den bei ihr Bevollmächtigten bezeichnet. Es wird darin erkannt, daß durch sie die Vollziehung der Beschlüsse der Centralgewalt vermittelt, befördert und erleichtert werde, ohne daß ihnen die Befugnisse eingeräumt werden könnten, auf die Beschlußnahme der Centralgewalt entscheidend einzuwirken oder irgend eine kollektive Geschäftsführung auszuüben. Die Centralgewalt behält es sich daher vor, nach Umständen unmittelbar mit den Regierungen der einzelnen Deutschen Staaten und deren leitenden Organen in Verkehr zu treten, wobei sie der gleichen Erwiderung entgegensteht. Sie wird aber auch, nach Lage, sich wegen Durchführung von Vollziehungsmaßregeln an die Bevollmächtigten selbst und allein wenden und in entsprechendem Wege deren Zuschriften entgegennehmen, wenn dieser Weg ihr zur Förderung geeignet erscheinen wird. Dabei wird die Centralgewalt bedacht sein, durch Verkehr mit den Bevollmächtigten von den Wünschen, Bedürfnissen und Verhältnissen der einzelnen Deutschen Staaten fortgesetzt sich zu unterrichten und denselben jede Rücksicht angedeihen zu lassen, die mit den allgemeinen Interessen Deutschlands vereinbarlich ist.“

Frankfurt a. M., am 30. August 1848.

Der Reichsverweser (gez.) Erzherzog Johann.

Der Reichsminister des Innern (gez.) Schmerling.“

Der Reichsverweser hat gestern um 2 Uhr dem Hrn. Grafen Camill von Bries eine Audienz zum Behufe der Ueberreichung des Schreibens Ex. Maj. des Königs der Belgier erteilt, durch welches derselbe als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister bei der provisorischen Centralgewalt für Deutschland beglaubigt wird. Die D. P. A. Z. theilt nachstehenden, ihr zur Veröffentlichung

zugegangenen „Antrag zur Beschleunigung der Verfassungs-Berathung“ mit: „In Erwägung, daß nach dem Maßstabe bisheriger Erfahrung auch nach der günstigsten Berechnung und in der Voraussetzung kürzerer Berathung das endliche Zustandekommen der Verfassung nicht vor dem Jahre 1850 in Aussicht steht; in Erwägung, daß in der jetzigen wechselvollen Zeit eine solche Länge des Wegs bis zum Zustandekommen einer definitiven Verfassung auf die politischen wie auf die staatswirtschaftlichen Zustände unseres Vaterlandes nur nachtheilig wirken kann; in Erwägung, daß der jetzige provisorische Zustand einer scharfen Feststellung des Verhältnisses zwischen Central- und Einzelregierungen nicht günstig ist, daß vielmehr eine einheitliche, feste Organisation im Innern erst mit der Einführung der definitiven Verfassung vollständig erreicht werden kann, daß aber Stärke und Ansehen nach außen dadurch wesentlich mit bedingt sind; in fernerer Erwägung, daß vor solch außerordentlichen Rücksichten die Rücksicht auf etwas größere oder geringere Gründlichkeit in den Hintergrund tritt; daß es in großen Zeiten, wie die jetzige, vor Allem darauf ankommt, das große Ganze festzustellen, und die Ausführung im Einzelnen ruhigeren Zeiten überlassen werden kann; in Erwägung endlich, daß die Volkstimme aus allen Theilen Deutschlands eine baldige Beendigung der Verfassungs-Berathungen dringend verlangt, und daß es stets als Pflicht erkannt worden, das Gute nicht durch das Streben nach Besserem zu gefährden, stellen die Unterzeichneten folgende Anträge: I. Die Nationalversammlung möge ihren Präsidenten ermächtigen, nachdem die Abstimmung über den §. 14 der Grundrechte erfolgt sein wird, vor dem Beginne der Berathung eines jeden Paragraphen des Entwurfs der Grundrechte die Frage zu stellen, ob die National-Versammlung auf die Diskussion zu verzichten beschliesse. Im bejahenden Falle sollen außer dem Antrage der Mehrheit des Verfassungs-Ausschusses auch die Minderheits-Ansichten desselben Ausschusses, so wie die etwa korrespondirenden Anträge anderer Ausschüsse, wie z. B. des volkswirtschaftlichen, zur Abstimmung gebracht werden. II. Die National-Versammlung möge den Verfassungs-Ausschuß zur beschleunigten Vorlage des noch rückständigen Theils der Verfassung auffordern und den Herrn Präsidenten ermächtigen, beziehungsweise ersuchen, diesem Ausschusse die Möglichkeit dazu zu geben durch Aussetzen der öffentlichen Sitzungen auf einige Tage nach vollendeter Berathung über den Waffenstillstands-Vertrag, so wie durch Einhalten der Regel, wonach wöchentlich nur vier öffentliche Sitzungen stattfinden sollen. Frankfurt a. M., den 8. September. Bassermann. von Beckerath. Böcking. Brous. Compes. Detmold. Dunder. Edel. Giska. Jordan von Marburg. Jürgens. Laube. Lehmann. Mathy. Mittermaier. Robert Mohl. Neuwahl. von Radowik. Rießer. von Raumer. Rüder. Schneider. Graf Schwerin. Teichert. Veit. Waih. Zell. Zittel.“

— In der am 6. Sept. stattgehabten Sitzung des Arbeiter-Congresses wurde eine Reihe von Zuschriften verlesen, welche von verschiedenen Vereinen eingegangen waren, und eine Commission ernannt, die sich mit Beantwortung dieser Zuschriften beschäftigen soll. Dann begann die Diskussion über die Organisation Deutscher Arbeitervereine; man beschränkte sich aber darauf, nur die Grundzüge derselben zu besprechen und zur Vereinfachung des Geschäftsgangs eine aus drei Personen bestehende Commission zu erwählen, welche vorerst den ganzen Organisations-Entwurf auszuarbeiten, und ihn dann der Versammlung zur Berathung vorzulegen hat. Als das kräftigste Mittel, die Arbeitervereine möglichst rasch ins Leben zu rufen, erkannte die Versammlung das Abschicken von Emissären, welche Deutschland durchreisen, die Vereine organisiren, die Grundsätze des Föderalismus ausbreiten und die Föderalisten-Rotunden, über welche in der nächsten Sitzung entschieden werden wird, vertheilen sollen. Man schritt sofort zur Wahl des ersten Emissärs und verschob die Wahlen der übrigen bis zur Beendigung der Organisationspläne, um sie mit den letztern für ihre Missionstreifen sogleich auszurüsten zu können.

München, den 6. Sept. Unter dem 2. Sept. ist folgende allerhöchste Entschliebung erfolgt: „Se. Maj. der König haben zu genehmigen geruht, daß an den allerhöchsten Namens- und Geburtstagen die feierlichen Kirchenparaden, wie sie vor dem 23. April 1844 stattgefunden, wieder gehalten werden. Hierbei bleibt es in Gemäßheit der von Sr. Maj. ausdrücklich erneuerten Bestimmung vom 18. Sept. 1838 dem freien Willen der zu einer andern Confession oder Religion sich Bekennenden überlassen, bei dem Eintritt der Mannschaften in die Kirche zurückzubleiben, worüber die entsprechenden militärischen Dienstvorschriften nachfolgen werden.“

— Hecker hat eine Schrift: „Die Erhebung des Volkes in Baden für die Deutsche Republik im Frühjahr 1848“ herausgegeben, die bereits in Baden mit Beschlag belegt ist. Als Ursachen des Mißlingens des Unternehmens werden hier angegeben: 1) die Feigheit der Republikaner, welche glaubten, man solle ihnen die Republik auf dem Teller präsentieren, oder sie lasse sich mit schönen Phrasen erkämpfen (Kuenzer, Würth, Kagenmaier, Zogelmann, Arzt Vannotti und Hüetlin in Konstanz); 2) der Verrath mehrerer Anderer, z. B. Weltes und Grüninger's; sogar mit den (falschen) Unterschriften Heckers und Struve's wurde vom Zuzuge abgemahnt; 3) das Zaudern Weißhaar's und die Capitulation Struve's in Donaueschingen; 4) Mangel an Energie unter dem Volke selbst, das mit dem Waffenhandwerk noch nicht vertraut war; 5) mangelhafte Ausführung militärischer Anordnungen; 6) Mangel an Munition (vor Freiburg); 7) die Täuschung, daß die Badischen Soldaten das gegebene Wort, nicht auf die Republikaner zu schießen, halten werden; 8) die Uebermacht Zusammenwirken von drei andern Staaten Truppen herbeizog; 9) Mangel an ist Hecker trotz seiner Erklärung doch gesinnt, nach Amerika zu gehen, zwar nicht, um dort zu bleiben, sondern um die republikanische Staatsform an Ort und Stelle zu studiren.

Aus Mannheim, den 6. September, wird dem „Schwäb. Merk.“ geschrieben: Seit gestern verbreitet sich hier mit einer gewissen Bestimmtheit das Gerücht (welches wir jedoch nicht verbürgen können), Hecker gehe nun doch nach

Amerika. Ihm sehr nahe stehende Freunde, zum Theil Mitglieder des Parlaments und der Badischen zweiten Kammer, hätten ihn dieser Tage in Mützens besucht, um Abschied von ihm zu nehmen. Aus diesem Grunde seien auch mehrere Mitglieder des Parlaments, welche man mit Bestimmtheit auf der am letzten Sonntag in Weinheim abgehaltenen Volksversammlung erwartete, nicht erschienen. Uebrigens ist Heckers körperliches Befinden noch immer sehr angegriffen, was dadurch, daß er den zum Theil ungehörigen Geldforderungen nicht genügend zu entsprechen vermag, noch gesteigert wird. Auch suchten seine Leute sein Vorhaben, nach Amerika zu gehen, zu verhindern.

Mainz, den 8. September. Gestern Mittag wurde folgendes Plakat, dessen aufregende Tendenz unverkennbar ist, an unsere Straßenecken angeklebt. „Kabinettsbefehl. Ich habe sehr mißfällig vernehmen müssen, daß besonders junge Offiziere Vorzüge ihres Standes vor dem Civilstande behaupten wollen. Ich werde dem Militär sein Ansehen geltend zu machen wissen, wenn es ihm wesentliche Vortheile zuwege bringt, und das ist auf dem Schauplatz des Krieges, wo sie ihre Mitbürger mit Leib und Leben zu verteidigen haben. Allein im Uebrigen darf sich kein Soldat unterstehen, weß Standes und Ranges er auch sei, einen meiner Bürger zu brüskiren. Sie sind es, nicht ich, die die Armee unterhalten; in ihrem Brode steht das Heer der meinen Befehlen anvertrauten Truppen; und Arrest, Cassation und Todesstrafe werden die Folgen sein, die jeder Contravenient von meiner unbeweglichen Strenge zu gewärtigen hat. Berlin, den 1. Januar 1798. (Unterz.) Friedrich Wilhelm III. Das Dresdner Journal erinnert Angesichts der bedauerlichen Spaltung zwischen einem großen Theile des Militärs und der Bürger in Preußen an obenstehenden Kabinettsbefehl des vorigen Preussischen Königs, und erscheint es nicht ungeeignet, denselben besonders bei R. Preussischer Garnison in Mainz in Erinnerung zu bringen. Recht bleibt ewig Recht! Mainz, den 7. September 1848. Mehrere Mainzer Bürger.“ Sogleich erschienen Polizeibeamte, um die Zettel wieder abzureißen oder unleserlich zu machen. Um 7 Uhr Abends war der ganze Marktplatz und die Ludwigsstraße mit Preussischen Soldaten angefüllt. Eine Stunde später brach der Sturm los. Man schlug sich zwischen Bürger und Militär mit Erbitterung. Sowohl auf bürgerlicher Seite als auf der des Militärs sind sehr starke Verwundungen vorgekommen. Mehrere Messbuden wurden demolirt. Heute ist anscheinend Alles ruhig, doch hegt man Besorgnisse für den Abend.

Hannover, den 4. September. Mit der Publicirung des Gesetzes, welches nur polizeiliche Bestrafung des Wilddiebstahls verordnet, ist nun das Gesetz über den Wilddiebstahl von 1840 mit seinen entsetzlichen Strafen beseitigt.

Hamburg, den 6. September. So eben haben die gestern Abend in der Tonhalle vereinten Grundeigenthümer folgende Beschlüsse veröffentlicht: 1) Eine aus direkten Volkswahlen hervorgehende constituirende Versammlung hat eine Verfassung für unsere Republik unabhängig von Rath und Bürgerschaft zu beschaffen; 2) der vom Senate den Bürgervertretern auferlegte politische Eid ist, weil er den Stempel des Gewissenzwangs an der Stirne trägt, zu verwerfen; 3) die Wahlbezirke sind, nach dem ursprünglichen Vorschlage des Senats, von 11 auf 21 Distrikte zu erweitern; 4) daß die Wahlen in den verschiedenen Distrikten successive in je 2 Distrikten vorgenommen werden sollen und die Wahlen nach geschlossenem Wahlakte sofort bekannt zu machen sind; 5) die Sanction des Verfassungsentwurfs durch Majoritätsbeschluß der gesammten Staatsangehörigen geschehen und die direkten Urwahlen durch das absolute Veto gesichert sein sollen. Erwägt man, daß die Grundeigenthümer conventberechtigt sind, gewiß auch in dem morgen abzuhaltenden Bürgerconvent ihre Beschlüsse durchzuführen verstehen werden, so können wir uns vertrauensvoll der Zukunft hingeben, daß die gesammte erbgesehene Bürgerschaft, wohl endlich von der Mehrheit der Befestigten überwältigt, den dringenden Forderungen der Hamburgischen Einwohnererschaft nachgeben werde.

Aus Altona, den 5. September, berichtet die „Weserzeitung“ über den Tumult am 4. wie folgt: In Folge der Aufregung in den Herzogthümern traten gestern 80 der Tann'schen Freischärler, welche auf der Hamburgischen Marine dienen, aus, um sich an der Holsteinischen Bewegung zu betheiligen. Die Hamburgische Polizei reklamirte bei der Altonaer Polizei die ausgetretenen Freischärler und bat um deren Auslieferung, doch nicht bei Tage, sondern bei Nacht. Um halb 12 Uhr geschah die Auslieferung, doch wurden die arretirten Freischärler augenblicklich befreit und es entstand ein Kampf zwischen der Bevölkerung von St. Pauli und der Bürgergarde Altona's. Es wurde ein St. Paulianer getödtet, 2 Bürgergardisten schwer verwundet und 29 St. Paulianer gefangen. Der Lärm dauerte bis heute Nacht 2 Uhr.

Kendsbürg, den 8. September. Der in der Nationalversammlung zu Frankfurt gefasste Beschluß, daß der Rückmarsch der Reichstruppen zu sistiren sei, ist bereits officiell hier angezeigt. In Folge dessen ist heute Morgen der Präsident der provisorischen Regierung, Herr Weseler, in Gemeinschaft des bei dem Preussischen Hofe accreditirten Bevollmächtigten der provisorischen Regierung Herrn Schleiden, in das Hauptquartier des Generals Wrangel abgereist, um, wie man sagt, denselben zu veranlassen, daß das Reichsheer unverzüglich wieder zurückkehre und nach Norden aufbreche. (H. E.)

Wien, den 8. September. Nachdem der bisherige römisch-katholische Priester Hirschberger von dem fürstbischöflichen Consistorium in Olmütz zum Widerruf seiner in der hiesigen Versammlung der Deutsch-Katholiken gehaltenen Reden aufgefordert, und derselbe im Verweigerungsfall mit Exkommunikation bedroht worden war, hat er entschieden sich dahin erklärt, daß das römische Glaubensbekenntniß seiner gewonnenen Ueberzeugung widerspreche, und er daher aus der römischen Kirche ausschreide, sich von ihren Irrthümern lossage und von ihrer Knechtung des Geistes befreie.

Wien, den 8. September. Der Minister des Innern, Dobhoff, nahm in der Reichstagsitzung vom 7., unter der gespanntesten Aufmerksamkeit des ganzen Hauses das Wort und erklärte in einer längeren Rede: „Die Manifeste vom 3. und 6. Juni sprechen es unzweideutig aus, daß Sr. Maj. der Kaiser in der Absicht, der überwiegenden Meinung Ihrer Völker keine Schranken zu setzen, den constituirenden Reichstag zu dem Ende berufen haben, damit das Werk der Verfassung durch die kluge und kräftige Mitwirkung der Abgeordneten des Reiches eine den allgemeinen Interessen entsprechende Wirklichkeit werde. Zugleich versicherte Sr. Majestät darin Ihren Vätern, daß Sie an den denselben bereitwillig erteilten freien Institutionen mit Liebe festhalten, daß Sie in der Einberufung eines constituirenden Reichstages die Bürgerschaft finden, daß die Verfassung, welche Ihrem Reiche geistige und materielle Macht verleihen soll,

in ihren Grundlagen wie in ihren Einzelheiten ein Werk des gesellig ausgeprägten Gesamtwillens sein werde, mit welchem Se. Majestät Hand in Hand zu gehen fest entschlossen sind. Hiernach ist also die Berathung und Feststellung der Verfassung durch das Wort des Monarchen dem konstituierenden Reichstage anheimgegeben und zugleich die bestimmte Versicherung ertheilt, daß Se. Maj. mit dem gesellig ausgeprägten Gesamtwillen, den Sie in den Beschlüssen der freigewählten Vertreter Ihrer Völker verkörpert erkennen, Hand in Hand gehen werden. Mit dem gleichen vollen Vertrauen, mit welchem der Monarch Ihren Beschlüssen in den für die Interessen der Völker Oesterreichs heiligsten Angelegenheiten entgegensteht, mit demselben Vertrauen können daher die Völker Oesterreichs der vollständigen Erfüllung des kaiserlichen Wortes, der Annahme der von ihren Vertretern festgestellten Verfassung entgegenstehen. Die auf freier Selbstbestimmung beruhende Annahme der von dem konstituierenden Reichstage festgestellten Verfassungs-Urkunde durch den Monarchen ist es, was wir unter Vereinbarung verstehen, es wird der feierliche Akt der Vermählung sein zwischen der Volksfreiheit und dem erblichen Thron, das durch freie, wechselseitige Einigung geknüpfte Band zwischen Fürst und Volk, die sicherste Bürgschaft für den unerschütterlichen Bestand eines freien, starken und geordneten Oesterreichs." Hierauf bemerkte Borrosch: Niemand meinte, daß wir unmittelbar Gesetze erlassen; gegen diese Verdächtigung will ich mich wahren. Doblhoff: Das steht dem Interpellanten zu. Borrosch: So werde ich es als Protest thun. Es ward dann beschlossen, zur Tagesordnung überzugehen.

Wien, den 9. September, 3 Uhr Nachmittags. Die Ungarische Deputation aus Pesth, hatte heute zwischen zwölf und ein Uhr Audienz bei Sr. Majestät in Schönbrunn. So viel wir vernommen, hatte der Kaiser den Abgeordneten des Ungarischen Reichstages jedmögliche Hilfe in Anbetracht der Aufrechterhaltung der Integrität der Krone Ungarns versprochen, wornach sich das Ung. Ministerium zu verhalten habe. Die Abreise des Kaisers nach Pesth als König von Ungarn, sei vor der Hand eine Unmöglichkeit, indeß werde er, der Kaiser, die möglichst günstige Gelegenheit dazu ergreifen. Die Deputation geht morgen früh nach Pesth um das Weitere zu berathen, weil ihr die vom Kaiser gegebene Antwort nicht befriedigend gelautet hat.

— Vom Oberst Riß ist dem Kriegsministerium folgender Bericht zugekommen. „Groß-Beskerked, den 3. Sept. Im Verfolg meiner gestrigen kurzen Anzeige berichte ich, daß das verschanzte Perlaszer Lager nach dreistündiger Bestürmung genommen und die feindliche Artillerie von meinen heldenmüthig entschlossenen Truppen sämmtlich mit dem Bajonett geworfen wurde. Diejenigen, welche beim Widerstande nicht getödtet wurden, haben die Flucht ergriffen, was voraussichtlich die Gränzen entmuthigen wird. — In den gegenwärtigen Verhältnissen Ungarns kann dieser Sieg nur entscheidend sein. Nach Einnahme des verschanzten Lagers rückte ich mit einem Theil meiner Truppen gegen Perlas vor, welche Orttschaft ich von der Kaiserlichen Bevollmächtigung verlassen fand. Die übrige Einwohnerchaft kam mir mit einer weißen Fahne entgegen, ihre Ergebung und Unterwürfigkeit unter die Befehle des Ungarischen Ministeriums Sr. Majestät des Königs erklärend. Im Orte, den ich in jeder Beziehung schonnte, fand ich noch 30 Ctr. Schießpulver. — Die Orttschaft habe ich von Verheerung verschont. Morgen entsende ich mobile Colonnen nach den Grenzortschaften an der Theiß: Botos, Tomaszovacz, Orlovacz und Jarlasdrin; — auch Perlas lasse ich besetzt, theils um mich des Gehorsams zu versichern, theils als Schutz gegen etwaige Angriffe der Raizen.

N u s s l a n d.

F r a n k r e i c h.

Paris, den 8. Sept. Sitzung der National-Versammlung vom 7. Septbr. Präsident Marrast erklärte Punkt 12 Uhr die Sitzung für eröffnet. Aber die Bänke sind noch leer, und es dauert eine Weile, bis sie sich füllen. Cremieux zeigt der Versammlung im Namen des Justiz-Ausschusses an, daß Favreau und Graverend ihre Anträge rücksichtlich eines Entwässerungsplanes der Bretagne zurückziehen. Die Versammlung scheint vollzählig und nimmt ihre Tages-Ordnung, die Diskussion des ersten Artikels der neuen Verfassung, wiederum auf. Jean Reynaud hat ein langes Amendement gestellt, in dessen sechsten Paragraphen es heißt: „Demzufolge wird 1) allen Bürgern mittelst einer geziemend beschränkten Arbeit der Unterhalt garantirt; 2) Mittel zum Unterricht ihnen geboten; 3) der religiöse Geist ist unter allen Formen zu achten und zu beschützen. Paragraph 7: Das Austreten der Republik nach Außen hat die Freiheit, Gleichheit und Brüderschaft aller Nationen zur Regel und den allgemeinen Weltfrieden zum Zweck.“ Reynaud zieht dasselbe von selbst zurück. Präsident: Wir kommen jetzt zum Amendement Deville's: „Ich hätte,“ setzt er hinzu, „dieses Amendement gar nicht drucken lassen sollen. Allein man hätte mir dies vielleicht als einen Mißbrauch ausgelegt.“ Mehrere Stimmen: „Gar keine Diskussion!“ Deville: „Ihr wollt mich zu sprechen hindern? Ist das eine Redefreiheit? Seid doch wenigstens parlamentarisch! Mein Antrag ist ernstlich. Ich stimme gegen das Belagerungsgesetz. Oh, ich bin ein alter Soldat! Ich war lange auf den Schlachtfeldern und kenne die Annehmlichkeiten des Säbelregiments. (Wiederholte Unterbrechung.) Wollt Ihr mich wirklich ersticken? (Sprechen Sie! Sprechen Sie!) Ihr behauptet, ich sei frei auf dieser Stelle? Oh, Täuschung! Eine schöne Freiheit inmitten dieses Tumults von Unterbrechungen. Ich danke für solche Freiheit, ich verzichte aufs Wort. (Er geht ab.) Martin aus Strassburg eilt auf die Rednerbühne. Im Namen des Verfassungsausschusses drückt ich den Wunsch aus, den Antragsteller zu hören. Er möge sein Amendement entwickeln. Deville besteigt wieder die Tribüne und spricht unter heftigem Sturm der Reden: Er werde sich wohl hüten, zu reden, wie er denke. Wer bürgte ihm dafür, daß man ihn nicht vor ein Kriegsgericht stelle? In gewöhnlichen Zeiten könne man zur Zeitungspreffe seine Zuflucht nehmen. Aber auch dieser Weg sei versperrt. Unter einem Säbelregiment dürfe man keine Verfassung berathen. Das Deville'sche Amendement beginnt: „In Gegenwart Gottes und der Herrschaft des Belagerungszustandes, die alle Freiheit vernichtet und

ganz besonders die Pressfreiheit aufhebt und nach Belieben gewährt, unter dem Regiment der Militär-Obrigkeit, welche gar keine Kenntniß von den Bedürfnissen der Gesellschaft hat, die durch ihr bloßes Dasein den Ausdruck der öffentlichen Meinung hemmt und somit jede Berathung der Verfassung unmöglich macht; unter diesem unverständigen, kurzweg verführenden und schrecklichen Einflusse und dem allgemeinen Drucke, der auf Paris lastet, verkündet und beschließt die National-Versammlung, wie folgt.“ Martin von Strassburg verlangt die vorläufige Frage, d. h. daß man in keine Diskussion eingehe. Dies geschieht. Die Versammlung verwirft das Amendement durch Abstimmung. Panchart stellt den Zwischenfall: „Und durch stufenweise Herabsetzung der Steuern die Summe der Vortheile u. s. w.“ Er entwickelt ihn. Lauffat bekämpft denselben. Ein Mitglied unterstützt ihn, und ohne wesentliche Veranlassung bricht ein fürchterlicher Tumult los. Man schreit nach Abstimmung durch blaue und weiße Zettel, Andere verlangen namentliche Abstimmung. Man schreiet zu Ersterem. Das Amendement wird mit 397 gegen 339 Stimmen angenommen. (Sensation.) Quienet entwickelte sein Amendement, doch dasselbe fällt durch wie alle übrigen, und Artikel 1 geht durch. Ebenso 2, 3 und 4, ohne erhebliche Diskussion. Art. 5 gab zu einiger Diskussion Veranlassung. Er lautet: „Die Republik achtet die fremden Nationalitäten, wie sie gewärtigt, die ihrige geachtet zu sehen, keinen Krieg in Aussicht auf Eroberung unternimmt und niemals die Waffen gegen die Freiheit eines Volkes zieht.“ Francisque Duver will ein Amendement stellen, fällt aber durch. Dufauré erklärt es für unnütz. Die ursprüngliche Fassung bleibt. Art. 6 geht ohne Weiteres durch. Art. 7 ruft Delongrais auf die Tribüne, um die Phrase: „die Bürger haben nach Maßgabe ihres Vermögens zu den Staatslasten beizutragen,“ zu amendiren. Delongrais wollte „nach Verhältnis“ an die Stelle gesetzt wissen. Er ist kein Freund der Progressivsteuern. Vivien sagte, der Verfassungsausschuß habe „nach Maßgabe“ gesetzt, weil er sich weder über die proportionelle noch über die progressive Besteuerung der Bürger ein Urtheil anmaße. Das sei Sache der Spezialgesetze. Der ganze Artikel ging durch. Art. 8 wird für die nächste Sitzung aufgeschoben. Dann wäre die Einleitung erledigt. — Im Laufe dieser Sitzung verbreitete sich das Gerücht, die Regierung habe Depeschen erhalten, die ihr anzeigen, daß Oesterreich die Vermittelung annehme. Cavaignac sollte diese Nachricht einem seiner Freunde mitgetheilt haben. Die Sitzung wird ein Viertel auf 6 Uhr geschlossen.

Nach dem Moniteur du Soir versichert man, Trelat, der frühere Minister der öffentlichen Arbeiten, sei zum bevollmächtigten Minister in Frankfurt bei der Centralgewalt ernannt.

Großbritannien und Irland.

London, den 7. September. Das Parlament ist nunmehr bis zum 2. Nov. vertagt. Aus dem Berichte der Schlussfeier ist zu ersehen, daß der Prinz von Joinville und der Herzog von Nemours zugegen waren. Sie mochten wohl über das seltsame Walten des Schicksals ihre Betrachtungen anstellen, indem Guizot und Louis Blanc, die Urheber und die Opfer der letzten Französischen Revolution sich mit ihnen hier zusammensanden. Die Times fassen die Leistungen der eben geschlossenen Session zusammen, und kommen dabei zu keinem, der Regierung günstigen Ergebnis. Besonders machen sie derselben eine Schwäche und Unüberlegtheit zum Vorwurfe. Die Schuld dieser Schwäche liege indeß weniger in den heutigen Ministern, als in der Zersplitterung der alten Parteien, woraus sich noch keine compacte Mehrheit gebildet habe.

— Die beabsichtigte Abtretung der Vancouver's-Insel, oder Quadra, an die Hudsonsbai-Compagnie wird von der Englischen Presse noch heftiger getadelt als es im Parlament geschehen. Die Times bemerkt darüber: „Der Name der Hudsonsbai-Compagnie ist ohne Zweifel allen unsern Lesern bekannt genug; aber vielleicht nur wenige von ihnen haben eine deutliche Vorstellung davon, daß diese Corporation die ihr übertragene Souveränität Britisch-Nordamerika's fast vom Polarkreis bis zur Grenze der Vereinigten Staaten und von den Felsenbergen bis zum nordatlantischen Ocean ausübt. Unter den ihr zugewiesenen Territorien sind, nach den vormaligen Namen, aufgezählt: Neu-Südwalles, Neu-Nordwalles, Prince-William's Land, nebst dem arktischen Lande bis zur Küste London in Grönland, und Neu-Britannien oder Labrador — ein Verzeichniß welches in der That das ganze Britische Amerika umfaßt, mit Ausnahme der später erworbenen Canadas und der Länder an der St. Lorenzbai. Incorporirt im Jahr 1670, in der für den Aufschwung des Britischen Handels so wichtigen Epoche zwischen unserer Revolution und der Restauration, hat die Compagnie unter einigen Wechseln bis auf den heutigen Tag bestanden, jedoch mit einer solchen Unbestimmtheit ihrer Rechte, so geräuschlos in ihrem Dasein, daß bei den Ober- und Unterhausdebatten über die bezügliche Frage die Redner sich nur an Gerüchte und Traditionen halten konnten. Man weiß nur daß die Gesellschaft seit 150 Jahren einen Freibrief und das Monopol des Handels mit den Indianern besitzt; aber über die Art wie sie ihre Gewalten ausübt, über ihre Institutionen und Beamten scheint man so wenig sicheres zu wissen, wie über das Strafwesen von Japan. Man behauptete indeß, die Regierung der Compagnie sei ein absoluter Despotismus, sie rekrutire ihren Dienst mit jungen Leuten von den Orkney-Inseln, und zwar zu so geringem Lohn, daß sie ihr Leben lang die Sklaven der Compagnie bleiben; sie übe Recht über Tod und Leben der Indianer, entmuthige systematisch alle Colonisation und Civilisation, und habe mit Erfolg, zu eigenmüthigen Zwecken, jenen unermesslichen Landstrich und dessen Bevölkerung in demselben Zustande von Verödung, Barbarei und Unwissenheit erhalten, worin sie ihn ursprünglich vorgefunden. Diesen dunkeln Andeutungen wurde die bestimmte Behauptung beigefügt, daß die Compagnie von einem neunmal vermehrten Capital 70 Proc.

(Mit einer Beilage.)

Gewinn theile, ohne jemals jene Zwecke des Handels und der Entdeckung zu fördern, um deren willen sie ursprünglich ihren Freibrief erhalten. Nach der Ausgleiche der Oregonfrage suchte die Compagnie durch ihren Governor bei der Regierung um Verleihung des Oregonbezirks, soweit es England zugesprochen worden, und namentlich auch der längs seiner Südküste gelegenen Vancouver-Insel nach, so daß sich ihre Herrschaft von einem Meere zum andern ausdehnen würde. Der Colonialminister, scheint es, ließ diesem Gesuch ein williges Ohr, und nur durch die zufällige Wachsamkeit eines Parlamentsglieds, hat die Sache die Beachtung des Publikums gefunden, welche sie verdient. Dieselbe Zeitung macht dann weiter auf die Kohlenreichthümer der Insel aufmerksam und die einstige commercielle Wichtigkeit ihrer Lage im Verkehr mit China, das nur 18 Tage Dampfschiffahrt entfernt sei.

Italien.

Turin. Ein Schreiben des neuen Ministerium Alfieri an den Präsidenten der früheren Lombardischen Consulta, Grafen Cafati, fordert jene Consulta auf, ihren Sitz in Turin aufzuschlagen, indem Sardinien nicht Willens sei, auf die Lombardie zu verzichten. Der Waffenstillstand mit Radetzky werde nicht als Grundlage eines Friedensschlusses betrachtet.

Mailand. Einem dahierigen Privatschreiben entnehmen wir, daß jetzt hier mit Ausnahme der A. A. Ztg. und der Mailänder Ztg. alle übrigen Blätter verboten sind. Das Brieföffnen auf der Post sei wieder in vollem Schwunge. (Das wäre gerade der geeignetste Weg, um Italiens Antipathien gegen Oesterreich zu einem neuen und stärkeren Ausbruch zu entflammen. Ein gährender Vulkan läßt sich nicht dadurch dämpfen, daß man die flache Hand auf den Krater deckt.)

(N. Z. Z.)

Genua, den 2. Sept. Nach den jüngsten Vorgängen zu Livorno konnte Genua nicht ermangeln, auch seinen Vater Savazzi zu haben. Trotz der zahlreichen Verschiffung der hierher geflüchteten Kreuzfahrer und anderer Italienischen Freiwilligen nach Civita Vecchia, wo sie die sogenannte Colonna dell' Indipendenza Italiana bilden sollen, ist die Stadt noch sehr voll von jenen Brauseköpfen durch den täglichen Zufluß von allen Orten. Ganz kürzlich befand sich unter den Neuangekommenen ein Venetianer de Boni, welcher sich bereits bei Vertreibung der Jesuiten aus der Schweiz dort bemerkbar gemacht hatte, und späterhin nach Mailand ging, wo er mit Mazzini die bekannte Gazette del Popolo herausgab. Raum hier angelangt, wurde er vorgestern Nachts in seinem Gasthof von Polizeibienern in Verhaft genommen, und sogleich an die Toskanische Grenze transportirt. Da man sich hier durch die von den Venetianern und Lombarden ausgesprochene Vereinigung mit Piemont als rechtmäßigen Besitzer, Oesterreich aber nur als augenblicklichen Usurpator jener Länder betrachtet, so ist de Boni ein Landeskind, und hat also volles Recht, in irgend einem Ort der sardinischen Staaten zu residiren. In diesem Sinn erschienen nun gestern früh die heftigsten Angriffe auf die hiesige Regierung, sowohl in den Journalen als auch in öffentlichen Anschlagzetteln. Gegen 5 Uhr Nachmittags hatte sich schon viel Volk vor dem Gouvernementshause zusammengetrotet. Die Wut wuchs schnell, und bald wurde der Gouverneur herausgerufen. Sobald er sich zeigte, erschollen die gräßlichsten Verwünschungen und schmähtichsten Beschimpfungen. Umsonst versuchte er es, sich hörbar zu machen, der wilde Lärm ließ ihn nicht vernehmbar werden. Ein Briefträger suchte die Wuth des Hauses zu besänftigen, wurde aber zu Boden geworfen und mit Füßen getreten. Der Sohn des Gouverneurs, ein junger Offizier von 20 Jahren, wurde bei seiner Heimkehr vom Volk ergriffen und in Verwahrlosung gebracht, wo man ihn behalten will, bis jener de Boni nach Genua zurückgeschafft sei. Vor den Fenstern des Hauptquartiers der Guardia Civica, sowie auf mehreren öffentlichen Plätzen, hatten Volksredner große Haufen um sich versammelt. Gegen 7 Uhr drang der wüthende Pöbel in die Geschäftszimmer des Polizeibureau im Gouvernementshause und drang von dort durch Erbrechung von Thüren und Wänden in das Postbureau und die Stadtgerichtsarchive. Bald flirrten aus allen Stockwerken die Fensterscheiben in die Straße hinab. Darauf folgte ein Geknurren von in Brand gesteckten Akten und andern Papieren. In kurzer Zeit schien die ganze Straße in Brand zu stehen von den Haufen brennender Papiere die aus den Fenstern herabgeschleudert wurden. Bald folgten auch Stühle, Tische und Bänke. Drei Stunden lang hatte dieser Unfug bereits gedauert, und die Auführer waren bis an die Mauern des Stadtgefängnisses vorgedrungen, welche sie sich nun zu durchbrechen anstellten. Da erscholl der Generalmarsch und die Bürgergarden rückten aus. Ein Bataillon erschien am Gouvernementspalast, und der Pöbel lief singend und lachend davon, indem er sich durch die Straßen vertheilte. Häuser und Läden waren sorgfältig verschlossen, da man Plünderung fürchtete, die bisher jedoch noch nicht stattgefunden hat. Die Nacht verging ziemlich ruhig. Alle Hauptstraßen und Plätze waren von zahlreichen Bürgergarden besetzt, und die wildesten Schreier begnügten sich damit ihr Muthlein zu kühlen, indem sie die Straßen mit dem lärmenden Gesange blutdürstiger Lieder erfüllten. Heute ist die

Stadt noch ängstlich aufgeregt. Die Guardia Civica ist noch immer unter dem Gewehr.

Versammlung zur Vereinbarung der preussischen Staatsverfassung.

Vierundfünfzigste Sitzung, vom 11. September.

Eröffnung: nach 9½ Uhr. Vicepräsident Kosch (Präsident Grabow ist noch immer krank). Sämmtliche Minister sind schon vor Eröffnung der Sitzung anwesend, bis auf Finanzminister Hansemann, welcher erst nach Eröffnung derselben erscheint. Schriftl. Abg. Schneider verliest das Protokoll der letzten Sitzung, welches sofort angenommen wird.

Ministerpräsl. v. Auerswald: (lautlose Stille.) „Das Ministerium hat in Verfolg der Verhandlungen dieser Versammlung vom 7ten d. Mts. keinen Augenblick gezögert, bei des Königs Majestät seine Entlassung nachzusuchen und dieselbe demnächst, wie folgt, begründet. (Folgt die schon gestern mitgetheilte Motivirung des Entlassungsgesuches und die darauf ergangene königliche Erklärung.)

Ich habe Ihnen ferner mitzutheilen, daß der Abgeordnete in der Deutschen Nationalversammlung, Hr. v. Beckerath, zu Er. Maj. berufen worden; hiernächst ersuche ich die hohe Versammlung, ihre Sitzungen auf eine angemessene Zeit aussetzen zu wollen.“ (Sämmtliche Minister entfernen sich sofort.)

Es entspinnt sich nunmehr über die etwaige Vertagungsfrage, ob die Sitzungen auf eine bestimmte Zeit angesetzt werden sollen, oder nicht, eine lange Debatte.

Vicepräsident Kosch schlägt vor, die Sitzungen bis zum Dienstag den 19ten d. M. zu vertagen, da inzwischen auch der Umzug nach dem neuen Sitzungsorte, dem Königl. Schauspielhaussaale, stattfinden werde. Die HH. Temme, Elsner und Waldeck sprechen sich gegen, Tamnau, v. Berg und Riedel für die Vertagung v. aus. Man macht einerseits den Grundsatz geltend, daß die jetzige bedrängte Zeit einen Aufschub der Kammerarbeiten nicht dulde, andererseits, daß es nicht rathsam sei, dieselben ohne Beisein der Diener der Krone vorzunehmen.

Hr. v. Berg stellt einfach den Antrag, die heutige Sitzung zu schließen; Hr. Riedel, sie bis Dienstag zu vertagen (unterstützt).

Hr. d'Estier will die Plenarsitzungen fortgesetzt wissen, da man dieselben immer wieder schließen könne, wenn sich die Verathung als unausführbar ergebe.

Hr. Dr. Schramm verlangt, daß, wenn die Minister nicht in der Sitzung erscheinen wollen, dieselben doch ihre Commissarien, wie oft geschehen, senden möchten.

Nach länger lärmender Debatte kommt man zum Schluß. Die Herren Riedel und v. Berg ziehen ihre Anträge vor der Abstimmung zurück. Dagegen wird ein neuer Antrag des Herrn Dunder angenommen, die nächste Sitzung auf künftigen Donnerstag, den 14ten d. M., anzuberaumen (Eröffnung derselben 12 Uhr).

Vor dem Schluß der heutigen Sitzung (welcher kurz vor 11 Uhr erfolgte) entsteht neuer tumultuarischer Lärm, da sich mehrere Abgeordnete (von der Rechten, namentlich die Herren v. Meusebach und Frhr. v. Poe) dem Vortrage des Vorsitzenden der Wahlprüfungs-Commission, Herrn v. Unruh, aus dem Grund widersetzen, weil durch den obigen Beschluß indirect der Schluß der heutigen Sitzung ausgesprochen sei. Der Vortrag findet jedoch statt, und werden in Folge desselben die Wahlen der Herren Bornemann (Berlin) und Temme (Magnit) für gültig erklärt.

Marktbericht. Posen, den 13. Sept.

(Der Schluß zu 16 Ms. Preuß.)

Weizen 1 Rthlr. 23 Egr. 4 Pf., auch 2 Rthlr. 2 Egr. 3 Pf.; Roggen — Rthlr. 28 Egr. 11 Pf., auch 1 Rthlr. 3 Egr. 4 Pf.; Gerste 26 Egr. 8 Pf. auch 1 Rthlr. 1 Egr. 1 Pf.; Hafer 15 Egr. 7 Pf., auch 17 Egr. 9 Pf.; Buchweizen 26 Egr. 8 Pf., auch 1 Rthlr. 1 Egr. 1 Pf.; Erbsen 1 Rthlr. 1 Egr. 1 Pf., auch 1 Rthlr. 5 Egr. 7 Pf.; Kartoffeln 8 Egr. — Pf., auch 8 Egr. 11 Pf.; der Centn. Heu zu 110 Pfd. 20 auch 24 Egr.; Stroh, das Schock 4 Rthlr., auch 4 Rthlr. 15 Egr.; Futter das Faß zu 8 Pfd. 1 Rthlr. 15 Egr., auch 1 Rthlr. 20 Egr. Spiritus pro Tonne von 120 Quart zu 80½ Tr. 17½—17½ Rthlr.

Berlin, den 12. September.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 58—62 Rthlr.; Roggen loco 29—31 Rthlr., 82 Pfd. p. Sept./Okt. 29½—29 Rthlr., Okt./Nov. 30½—30 Rthlr., p. Frühjahr 33½ Rthlr. bez. u. G., 34 Pr.; Gerste, große, loco 28 Rthlr., kl. 24—25 Rthlr.; Hafer loco nach Qualität 16—17 Rthlr.; Erbsen, Kochwaare 40 Rthlr., Futterwaare 37 Rthlr.; Rappe 70 Rthlr.; Winter-Rübsen 68 Rthlr., Leinsaat 46—45 Rthlr.; Rübel loco 11½—11 Rthlr., Sept./Okt. 11½—11 Rthlr., Okt./Nov. 11½—11½ Rthlr., Nov./Dec. 11½—11½ Rthlr., Dec./Jan. 11½—11½ Rthlr. verk. u. G., Jan./Febr. 11½—11½ Rthlr. bez., Febr./März 11½—11½ a ½ Rthlr.; Leinöl loco 10 Rthlr., Lieferung 9½. Weizenöl 20 Rthlr., Hanföl 16 Rthlr., Palmöl 14 Rthlr., auf Lieferung 13½. Süßes-Öl loco 10 Rthlr.; Spiritus loco ohne Faß 17½—18 Rthlr., mit Faß 17½, Sept./Okt. 17½ Rthlr. G., Okt./Nov. 17½ Rthlr.

Druck u. Verlag von W. Decker & Comp. Verantwortl. Redacteur: G. Hensel.

Stadt-Theater in Posen.

Donnerstag den 11. September: Die Liebe im Eckhause; Lustspiel in 2 Akten von A. Cosmar. — Vorher: Das war ich, oder: Die taube Nachbarin; Lustspiel in 1 Akt von Futh. — Zum Schluß: Die Schwaben in Ungarn; komische Pantomime mit Tänzen und lebenden Bildern, arrangirt von E. Gessau.

Bekanntmachung.

Nachdem durch die Allerhöchste Kabinetts-Ordre vom 8. April d. J. (Gesetzsammlung No. 14.) das

Porto für Papiergeld (Kassen-Anweisungen etc.) und Staatspapiere bei Versendung mit der Post so bedeutend ermäßigt worden, daß solches wenig mehr als das Porto für gewöhnliche Briefe beträgt, ließ sich erwarten, daß die Versendung von Kassen-Anweisungen ohne Deklaration aufhören oder doch sich vermindern würde, weil, wenn Briefe mit nicht deklarirten Kassen-Anweisungen verloren gehen, gesetzlich dafür kein Ersatz gewährt wird. Da diese Erwartung sich nicht bestätigt hat, so machen wir das Publikum auf jene Portomäßigung aufmerksam, und führen beispielsweise an, daß für

1 Brief von Posen nach Berlin mit 100 Thlr. Kassen-Anweisungen, 1 Loth schwer, undeklarirt 6 Egr. — deklarirt 7 Egr., für ein Brief von Posen nach Breslau mit 200 Thlr. Kassen-Anweisungen, 2 Loth schwer, undeklarirt 6½ — deklarirt 8½ Egr., für ein Brief von Posen nach Stettin mit 500 Thlr. Kassen-Anweisungen über 2—8 Loth schwer, undeklarirt 9 Egr. — deklarirt 14 Egr. an Porto zu zahlen ist. Posen, den 12. Juli 1848.

Ober-Post-Am.

A u f g e b o t.

Im Hypothekenbuche des im Schildberger Kreise s Großherzogthums Posen belegenen adeligen Guts Grembanin, stehen Rubrica III No. 7. 250 Rthlr. zu 5 pro Cent verzinslich, für die Erben des Joseph von Magnuski auf Grund des protokollarischen Anerkenntnisses des B. f. gers vom 17ten Juni 1796 eingetragen.

Der gegenwärtige Besitzer, Tribunalarichter Constantin Hermenegild von Kreski behauptet, daß diese Post getilgt sei und hat, da er keine Quittung beibringen kann, und die Joseph von Magnuski'schen Erben unbekannt sind, deren Aufgebot beantragt.

Demzufolge werden folgende muthmaßliche Erben des Joseph von Magnuski:

- 1) die Constantia zuerst verheirathete v. Szezerbiska, demnachst verheirathete v. Grabowska und zuletzt verheirathete von Gutowska, geb. v. Magnuska,
 - 2) der Felix v. Grabowski,
 - 3) der Martin v. Skórzewski, als Ehegatte der Albina geb. v. Grabowska,
 - 4) der Ignaz Poleslaus v. Skórzewski,
 - 5) die Marianna Desideria v. Skórzewska,
 - 6) die Franciszka v. Madalińska, geborne v. Grabowska,
 - 7) der Eduard v. Kreski,
 - 8) die Laura v. Sulimirska geb. v. Kreska,
 - 9) der Constantin v. Kreski,
 - 10) die Marthanna v. Niedrzyńska geb. v. Kreska,
 - 11) die Eva v. Kreska geb. v. Kreska,
 - 12) der Artaxerxes v. Kękowski,
 - 13) der Napolcon v. Kękowski,
 - 14) der Constantin v. Kękowski,
 - 15) die Stephanie v. Węzł geb. v. Kękowska,
 - 16) die Desideria v. Pągowska geb. v. Kękowska,
 - 17) die Antonina v. Walewska und
 - 18) die Wanda v. Walewska,
- und überhaupt alle diejenigen, welche als Eigenthümer, Erben, Cessionarien, Pfand- oder Briefeinkäufer, oder aus irgend einem anderen Rechtsgrunde Ansprüche an die bezeichnete Hypotheken-Post zu haben vermeinen, aufgefordert, diese Ansprüche spätestens in dem am 3. November 1848 Vermittags um 10 Uhr vor dem Deputirten Oberlandes-Gerichts-Referendarius Reigel in unserem Instruktions-Zimmer anstehenden Termin geltend zu machen, widrigenfalls die aufgebote Post für getilgt erachtet werden wird.

Posen, den 27. Mai 1848.

Königliches Ober-Landes-Gericht;
Abtheilung für die Prozeßsachen.

Pferde-Verkauf.

Mittwoch den 20. September d. J. Vormittags 9 Uhr sollen auf dem Wilhelmplatz hier selbst circa 50 Stück zur Ausrangirung kommende Dienstpferde des königlichen 7ten Husaren-Regiments gegen gleich baare Bezahlung in Preuß. Courant öffentlich an den Meistbietenden verkauft werden, was hiermit zur Kenntniß des Publikums gebracht wird.

Posen, den 31. August 1848.

Das Commando des königlichen 7. Husaren-Regiments.

Auktions-Bekanntmachung.

Im Auftrage des hiesigen königlichen Land- und Stadtgerichts werde ich auf den 22sten September c. Vormittags um 10 Uhr

vor dem hiesigen Gerichtsgebäude

- 1) zwei noch ganz gut erhaltene Landauer Kutschwagen,
 - 2) zehn Stück Kühe,
- gegen gleich baare Bezahlung in Preussischem Courant versteigern, wozu Kauflustige eingeladen werden.

Gräß, den 17. August 1848.

Der Auktions-Commissarius Kilian.

Bekanntmachung.

Dienstag den 26sten d. M. von Vormittags 9 Uhr ab werde ich in Wapno bei Erin circa 8000 Centner gemahlener Gyps an den Meistbietenden verkaufen.

Wongrowiec, den 10. September 1848.

Thiel, Auktions-Commissarius.

Ein praktischer Arzt, der polnischen und deutschen Sprache gewachsen, zugleich Geburtshelfer, findet in einer Kreisstadt des Großherzogthums Posen eine gute Placirung; wo? weiß die Expedition der Zeitung nach.



Fahrplan

der Stargard-Posener Eisenbahn.

Von Posen ab

Stationen	ungefähre Meilenzahl	Vormitt.	Nachmittags
Abfahrt von Posen . . .	—	9 44	4 4
„ „ Rokittnice . . .	2	10 13	4 36
„ „ Samter . . .	2	10 42	5 11
„ „ Wronke . . .	2 1/4	11 16	5 50
„ „ Dragig . . .	3 1/2	12 1	6 43
„ „ Woldenberg . . .	4	12 58	6 45
Ankunft in Stettin . . .	13 1/2	4 16	10 28
„ „ „ . . .	27		
Ankunft in Berlin . . .	18	9 35	4 58
„ „ „ . . .	45		

Nach Posen zu:

Stationen.	Morgens	Mittags
Abfahrt von Berlin . . .	6 45	11 30
„ „ Stettin . . .	11 20	5 —
„ „ Woldenberg . . .	2 56	7 —
„ „ Dragig . . .	3 46	7 58
„ „ Wronke . . .	4 33	8 51
„ „ Samter . . .	5 9	9 31
„ „ Rokittnice . . .	5 36	10 14
Ankunft in Posen . . .	6 2	10 43

Die Personenfahrpreise betragen auf unserer Bahn durchschnittlich für die Meile in den drei verschiedenen Wagenklassen 3 Sgr., 4 1/2 und 6 Sgr., mit der geringen Abweichung, daß eine nicht volle Viertelmeile hier als voll, dort gar nicht berechnet ist.

Darnach ist der Personen-Fahrpreis:

	I.	II.	III.
zwischen Posen und Rokittnice . . .	13.	9 1/2.	6 1/2.
„ „ Rokittnice und Samter . . .	12.	9.	6.
„ „ Samter und Wronke . . .	15.	11.	7.
„ „ Wronke und Dragig . . .	21.	15 1/2.	10 1/2.
„ „ Dragig und Woldenberg . . .	23.	17.	11 1/2.

Rthl. sgr. Rthl. sgr. Rthl. sgr.
Posen und Stettin 5. 13. 4. 2. 21 1/2.
Posen und Berlin 8. 28. 6. 24 1/2. 4. 14.
Kinder bis 10 Jahren zahlen die Hälfte. Jeder Reisende hat 50 Pfd. Gepäck frei, Kinder 25 Pfd.

Frachtgüter zahlen zwischen Posen und Stettin, wenn dergleichen von geringem Werthe oder schwer mit geringem Umfange sind, z. B. Getreide, Holz, Eisen, Zink, Kupfer u. s. w. für den Centner 7 1/2 Sgr., sonst und als Regel 10 Sgr., und Möbel, Betten u. s. w. 15 Sgr.

Dieser Preis, bei über 27 Meilen, beträgt also für einzelne Stationen eine Meile der Centner nach den Gegenständen 3 1/2 — 4 1/2 und 6 1/2 Pfennige.

Ausführliche Fahrpläne sind für I Sgr. und unser Betriebs-Reglement, welches die gegenseitig verpflichtenden Bestimmungen, unter welchen Personen, Güter, Vieh- und Equipagen-Beförderung auf unserer Bahn übernommen wird, ist zu 2 Sgr. auf allen unseren Bahnhöfen zu erhalten.

Stettin, den 20. August 1848.

Directorium der Stargard-Posener Eisenbahn-Gesellschaft.

Masche. Fraissinet. Hartwich.

Diesjenigen, welche eine Forderung an mich zu machen haben, mögen sich bald melden.
T. Claude, Färber.

Rittergüter verschiedenen Flächeninhalts in Schlesien, Oberschlesien, Großherzogthum Posen, so wie an der Nege, sind mir zu verkaufen übertragen worden, und haben einige Güter außer dem niedrigen Preis und mäßiger Anzahlung noch die vortheilhafte Bedingung, daß sichere Hypotheken oder großartige Grundstücke in den Städten Berlin, Breslau, Dresden, Posen anstatt baarer Anzahlungen angenommen werden, und der Rest der Kaufgelder mit 4 % eine geraume Zeit stehen bleiben kann. Wer die günstige Conjunction wahrnehmen will, melde sich recht bald in der Güter-Agentur

Wilhelmplatz No. 16. bei Herrmann Mathias in Posen.

Bei seinem Abgange nach Ramlau empfiehlt sich Freunden und Bekannten

Theodor Abicht,
Pfarr-Substitut.

Posen, den 11. September 1848.

Ein Knabe, der die nöthigen Schulkenntnisse besitzt und Lust hat, die Lithographie zu erlernen, findet sogleich oder zum 1sten Oktober c. ein Unterkommen in der Steindruckerei des

Julius Dütsche,
Posen, Markt No. 8.

Ein Haushälter findet Unterkommen im Hôtel à la ville de Rome.

In dem Grundstück Bergstraße No. 13. ist eine große, sehr bequeme, im ersten Stock belegene Familien-Wohnung sofort zu vermieten.

Wilhelmplatz No. 4. ist die ganze 2. Etage nebst Stallung und Wagen-Remise vom 1sten Oktober d. J. zu vermieten.
Posen, den 9. September 1848.

In meinem Hause, Markt No. 44, ist das Lokal im 1sten Stock, in welchem das Möbel-Magazin sich befindet, von Michaeli c. ab zu vermieten.
F. W. Gräß.

Am 18ten September eine bequeme Gelegenheit nach Danzig. Zu erfragen gr. Gerberstraße No. 54. 2ten Stock.

Was in der gestrigen Posener Zeitung No. 213. über den Vorfall auf dem Eisenbahnhof zu Samter angeführt worden ist, bestätige ich hierdurch.

Ich war Augenzeuge dieses Vorfalls.
Friedr. Vielesfeld.

Bescheidene Antwort auf die bescheidene Anfrage in der Beilage zur Posener Zeitung vom 13ten d. M. No. 213.

Ein Klempner ist kein Dachdeckermeister. Es handelt sich bei der erwähnten Anfrage, die voller Proben ist, nur um das Dachdecken, nicht um einen Thronstuhl zu fertigen. — Ein geprüfter Dachdeckermeister muß mit Ziegeln, Schiefer, Metall u. d. k. können.
Joseph Disro,
geprüfter Dachdeckermeister und Blitzableiter-Anfertiger.

Bescheidene Anfrage an Herrn Moriz Sch. . . !
Um ein altes, aristokratisches Fräulein heirathen zu können, belieben Sie wohl, Ihren Schwiegervater verhungern zu lassen.
18.

Berliner Börse.

Den 12. September 1848.	Zinsl.	Brief.	Geld.
Staats-Schuldscheine	3 1/2	74	73 1/2
Seehandlungs-Prämien-Scheine	3 1/2	—	—
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	3 1/2	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	3 1/2	—	79 1/2
Westpreussische Pfandbriefe	4	—	95 1/2
Grossb. Posener	3 1/2	—	78
Ostpreussische	3 1/2	—	86
Pommersche	3 1/2	—	89 1/2
Kur- u. Neumärk.	3 1/2	89 1/2	89 1/2
Schlesische	3 1/2	—	—
v. Staat garant. L. B.	3 1/2	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	—	84 1/2
Friedrichsd'or	—	13 7/8	13 7/8
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	12 1/2	12 1/2
Disconto	—	3 1/2	4 1/2
Eisenbahn-Actien,			
voll eingezahlte:			
Berlin-Anhalter A. B.	4	87	—
„ „ Prioritäts-	4	—	—
Berlin-Hamburger	4 1/2	—	62
„ „ Prioritäts-	4 1/2	—	—
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	—	53 1/2
„ „ Prior. A. B.	4	—	—
„ „	5	—	—
Berlin-Stettiner	4	—	88
Cöln-Mindener	3 1/2	—	76
„ „ Prioritäts-	4 1/2	—	—
Magdeburg-Halberstädter	4	—	101 1/2
Niederschles.-Märkische	3 1/2	—	68 1/2
„ „ Prioritäts-	4	—	—
„ „	5	—	—
Ober-Schlesische Litt. A.	3 1/2	89 1/2	89 1/2
„ „ B.	3 1/2	89 1/2	89 1/2
Rheinische	—	—	—
„ „ Stamm-Prioritäts-	4	—	—
„ „ Prioritäts-	4	—	—
„ „ v. Staat garantirt	3 1/2	—	—
Thüringer	4 1/2	—	52
Stargard-Posener	4	—	67 1/2